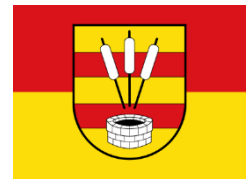




Bad Zwischenahn For Future

Forderungen an Politik und Verwaltung in Bad Zwischenahn



Präambel

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für die menschliche Zivilisation.

Die Bewältigung dieser Krise ist die wichtigste Aufgabe unseres Jahrhunderts und wir erwarten, dass sich auch unsere Gemeinde mit den Verantwortlichen aus Gemeinderat und Verwaltung dieser Aufgabe stellt.

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens hatte sich auch Deutschland dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, das 1,5°-Ziel zu erreichen.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen seitdem in zunehmender Dringlichkeit und Deutlichkeit, welche dramatische Folgen das Überschreiten von 1,5 °C Erwärmung für uns und unseren Planeten hat.

Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es auf allen Ebenen weitreichende Veränderungen sowie die Ausrichtung aller Lebensbereiche auf Nachhaltigkeit. Klimaschädigendes Verhalten ist zu vermeiden – Klimaneutralität muss schnellstmöglich erreicht werden.

Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und seinen Ökosystemen muss Teil unseres täglichen Lebens, unserer Gesellschaft, unserer Kultur und insbesondere unserer Wirtschaft werden.

Auch bei uns, hier vor Ort, sind die Auswirkungen der Klimakrise leider bereits deutlich spürbar. Hitzewellen und Dürresommer, die nicht allein unseren Wäldern extrem schädlich zusetzen, sondern auch direkt vielen Menschen, sind uns mittlerweile ebenso geläufig, wie sogenannte Starkregenereignisse, die uns alle mehr und mehr betreffen und deren Folgen wir alle schon heute spüren.

Dringend notwendige Veränderungen dürfen nicht länger nur Aussagen in politischen Reden bleiben, Veränderungen müssen endlich auch in unserer Gemeinde angepackt und umgesetzt werden. Unsere Gemeinde muss schnellstmöglich klimaneutral werden – wir müssen handeln, solange wir es noch können - andernfalls werden wir Folgeschäden unvorstellbaren Ausmaßes ausgesetzt sein.

Konkrete Handlungsweisen dafür wurden vom Aktionskreis „Bad Zwischenahn For Future“ auf Basis der Ergebnisse des ersten Klimagipfels in Bad Zwischenahn erarbeitet und in diesem Forderungspapier zusammengetragen.

Es umfasst die Bereiche:

- Landverbrauch, Bauen, Natur und Umwelt
- Energie
- Mobilität
- Ernährung
- Information, Bildung und Medien
- Müllvermeidung und nachhaltige Ressourcennutzung

Wir erwarten von allen gemeindlichen Akteuren, insbesondere vom Zwischenahner Gemeinderat und der Verwaltung, die im Folgenden genannten Themen unverzüglich anzugehen und für alle sicht- und nachvollziehbar umzusetzen. Ebenfalls bitten wir alle Menschen unserer Gemeinde, sich zu beteiligen und aktiv einzubringen.

Dieses Forderungspapier wurde erarbeitet von:

Angelus Dreß, Arne Keil, Edgar Autenrieb, Frank Arntjen, Gisa Cording, Gunda Bruns, Kermit Schleppegrell, Mayrah Jung, Mette Rothauscher, Tom Köster

Bad Zwischenahn, den 26.11.2020

Landverbrauch, Bauen, Natur und Umwelt

1. Keine neue Flächenversiegelung und Maßnahmen zur Entsiegelung

Grundsätzlich ist auf jegliche neue Flächenversiegelung zu verzichten. Wenn Versiegelungen unvermeidbar sind, hat für diese jeweils eine Entsiegelung incl. Wiederherstellung in einen natürlichen Zustand an anderer Stelle auf unserem Gemeindegebiet zu erfolgen.

Die Versiegelungen und Entsiegelungen sind in das unter Punkt 2 erwähnte Kataster aufzunehmen.

2. Baumkataster für unsere Gemeinde

Um den Bestand und Zustand, sowie den Bedarf an Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen der Bäume unseres Gemeindegebietes festzustellen, soll der Rat der Gemeinde Bad Zwischenahn die Anlage eines Baumkatasters beschließen. Als Vorbilder können dabei die Nachbarorte Edewecht und Westerstede dienen, die bereits gut funktionierende Baumkataster eingerichtet haben.

3. Baumerhalt statt Fällung und unangemessenem Rückschnitt

Es müssen immer erst alle Möglichkeiten zum Erhalt von altem Baumbestand ausgeschöpft werden.

Auch im Sinne der Verkehrssicherungspflicht reichen häufig schon Warnhinweise oder räumliche Abtrennungen. Insbesondere ist ein fachgerechter Erhaltungsrückschnitt zwingend vor einer derzeitigen praktizierten Komplett-Fällung oder unsachgemäß drastischem Rückschnitt vorzuziehen. Schulungen der Mitarbeiter*innen sowie Qualifizierung auch im Hinblick auf den Wert und den Erhalt von Bäumen sind erforderlich.

4. Nachpflanzungen von Bäumen

Für jeden gefälltten Baum sind immer Nachpflanzungen in gleicher Art und Güte vorzunehmen. Für beispielsweise eine hundertjährige Eiche sind Nachpflanzungen im Umfang des Kronenvolumens und mit der gleichen CO₂-Speicherkapazität zwingend erforderlich.

Um Standorte für diese Kompensationspflanzungen herauszufinden, ist eine Auswahlmethode, welche offen und mit Bürgerbeteiligung bzw. -information hierüber stattfindet, zwingend notwendig. Es gibt im Gemeindegebiet Plätze und Flächen für – auch aus klimatischer Sicht – unbedingt notwendige Ersatz- und Ausgleichspflanzungen.

5. Gemeindeflächen für ökologische Gemeinschaftsprojekte

In Absprache mit interessierten Bürger*innen, Vereinen, Verbänden oder Unternehmen soll es möglich sein, gemeindeeigene Flächen möglichst kostenfrei für ökologische Projekte, wie z. B. Obstwiesen und Nahrungspflanzenanbau, zur Verfügung zu stellen.

Dies fördert den Gemeinschaftssinn, das Bewusstsein über Naturzusammenhänge und ist gleichwohl praktizierter Klimaschutz. Von der Gemeinde soll proaktiv Bereitschaft und Offenheit für derartige Projekte signalisiert werden.

6. Minimierung von Torf, Kunstdünger und Pestiziden auf öffentlichen Grünflächen

Die Mitarbeiter*innen der Gemeinde müssen, z. B. durch Naturschutzverbände, über Verbrauch, Einsatz und Wechselwirkungen von Torf, Kunstdünger und Pestiziden aufgeklärt werden. Dementsprechend ist der Gebrauch der genannten Stoffe drastisch zu reduzieren, wenn nicht gar einzustellen. Dies muss durch Anweisungen an den Bauhof und externe Dienstleistende klargestellt werden.

7. Erfassung der Entwicklung von Wald- und Grünflächen

Noch gibt es keine messbaren und transparenten Daten über den Zustand und die Entwicklung von Naturflächen in der Gemeinde. Daher wird eine regelmäßig aktualisierte kartografische Darstellung aller im Gemeindebesitz befindlichen Flächen benötigt. Diese ist der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben. Am besten wäre eine digital abrufbare Karte auf der Homepage der Gemeinde, die in Kooperation mit potenziellen Universitätsprojekten erstellt werden könnte.

8. Vergabe von Gewerbeflächen nur an ökologisch nachhaltige Unternehmen

Die Gemeindeverwaltung darf für die noch zu vergebenden Flächen in Gewerbegebieten ausschließlich solchen Unternehmen eine Zusage in Aussicht stellen, die eine ökologisch

nachhaltige Produktionsweise bzw. nachhaltige Unternehmensziele garantieren und jeden verbleibenden CO₂-Ausstoß mindestens in gleicher Höhe auf unserem Gemeindegebiet kompensieren.

9. Gewerbeflächen durch Erbbaurecht vergeben

Es sollen keine weiteren Gewerbeflächen verkauft und damit dem Eigentum der Zwischenahner Bürger*innen entzogen werden. Stattdessen ist jede weitere Fläche mittel- bis langfristig zu verpachten oder durch Gebrauch des Erbbaurechts zu vergeben.

10. Nur Tierställe mit Flächenbindung im Gemeindegebiet zulassen

Auf dem Gebiet unserer Gemeinde sind nur noch flächengebundene Tierställe zuzulassen. Die dafür notwendigen Vorkehrungen und Beschlüsse sind umgehend im Gemeinderat anzustoßen.

Energie

11. Mehr regenerative Energieerzeugung in der Gemeinde

Bis 2050 wollen die EU und Deutschland klimaneutral sein. Bad Zwischenahn hängt in der Produktion von erneuerbaren Energien im Vergleich zur Bundes- und Landesebene massiv hinterher. Dafür müssen sowohl Photovoltaik- als auch Windkraftanlagen gebaut werden. Die Gemeinde soll daher den Ausbau regenerativer Energieproduktion vorantreiben und sowohl kurzfristige als auch langfristige Energieprojekte planen, um überdurchschnittlich im Vergleich zur Kreis-, Landes- und Bundesebene dazustehen.

12. Entstehung von Wind- und Solarparks durch und mit Bürgerbeteiligung

Oftmals scheitert die Planung von Windkraftanlagen an den Bedenken der Bevölkerung. Die Akzeptanz steigt jedoch erheblich, wenn die Bürger*innen an den Gewinnen und dem produzierten Strom aus erneuerbaren Energien beteiligt werden. Die Gemeinde Bad Zwischenahn soll den Bau entsprechender Anlagen in großem Maßstab vorantreiben und umliegenden Bewohner*innen Teilhabemöglichkeiten bieten. Das ist effektiver, gewinnbringender und greifbarer Klimaschutz.

13. Photovoltaikanlagen auf Gewerbegebäuden und gemeindlichen Gebäuden

Die Fläche, die der Natur durch Bebauung genommen wurde, muss sinnvoll für die Energieproduktion mittels Photovoltaikanlagen verwendet werden. Ein großer Teil des Stroms kann direkt vor Ort verwendet werden. Die Gemeinde muss den Bau von Photovoltaikanlagen auf gewerblichen Neubauten vorschreiben.

Für die bereits bestehenden Gebäude soll zudem ein Kataster erstellt werden, in dem dokumentiert wird, welche Dachflächen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen geeignet sind.

14. Energieautarke Gemeinde

Der Bau von Strom- und Gasleitungen schädigt die Natur und bringt Abhängigkeiten von externen Energielieferanten mit sich. Wenn hingegen Energieproduktion und -einsparung vor Ort sichtbar implementiert sind, fördert dies die Eigenständigkeit in Bezug auf Energie und das Umweltbewusstsein. Die Gemeinde muss anfangen, entsprechende Maßnahmen und Autarkiequoten in ihren Planungen für Wohn- und Gewerbegebiete einzubauen. Dabei muss das klare langfristige Ziel sein, größtmöglich energieautark zu werden. Sonnenenergiegewinnung soll somit für alle Neubauten gemeindlich vorgeschrieben werden.

15. Ausschließlich Ökostrom für alle öffentlichen Institutionen der Gemeinde

Die Stromanbieter kaufen je nach Bedarf an der Strombörse Ökostrom-Anteile aus dem Energiemix ein. Je mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen angefragt wird, desto mehr wird davon produziert und desto weniger Strom aus nicht-erneuerbaren Quellen gelangt auf den Markt. Die Gemeinde muss als gutes Beispiel im Klimaschutz vorangehen, wenn das Gewerbe und die Privathaushalte mitmachen sollen. Es ist paradox, Schulen wie bisher mit Kohlestrom zu versorgen.

16. E-Mobilität nur mit grünem Strom ausbauen

Elektroautos entfalten ihren vollen Umwelt- und Klimavorteil erst, wenn sie mit Ökostrom betrieben werden. Damit in der Gemeinde Bad Zwischenahn eine echte Verkehrswende vollzogen werden kann, müssen alle Ladestationen im Gemeindegebiet, die für die Öffentlichkeit

zugänglich sind, nachweislich mit Ökostrom betrieben werden. Andernfalls sind sie nicht zu genehmigen.

Mobilität

17. Vorrang von Radwegen vor Straßen bei der Wegesanierung

Um den Radverkehr in Bad Zwischenahn und Umgebung zu fördern, sollen Radwege bei der Wegesanierung vor Straßen bevorzugt werden. Dadurch kann sowohl eine rasche Verbesserung der Radwege erlangt werden, als auch ein Zeichen gegen die vorrangige Fokussierung der Verkehrspolitik auf das Kraftfahrzeug gesetzt werden.

18. Verkehrswende auf der „Meile“ mit Zukunftsvision

Zur Minimierung des Autoverkehrs innerorts in Bad Zwischenahn soll ein beschränktes Kfz-Fahrverbot auf der Bad Zwischenahner „Meile“ (Peterstraße, In der Horst) eingeführt werden. Besonders an Wochenenden, aber auch teilweise wochentags, entsteht hier häufig ein extremer Verkehrsstau, der mit einem dortigen Kfz-Fahrverbot verhindert werden kann. Dieses Verbot soll zeitlich beschränkt am Wochenende und tagsüber gelten. Der öffentliche Personennahverkehr, Anwohner und der Lieferverkehr sollen von diesem Verbot ausgenommen werden. Für die Zukunft muss zudem eine Vision für einen autofreien Ortskern realisiert werden. Vielversprechend scheint da eine barrierefreie, autonome E-Straßenbahn. Mit so einem Projekt signalisiert die Gemeinde zudem Offenheit für umweltfreundliche Pilotprojekte.

19. Entstehung eines autofreien Wohngebietes als Pilotprojekt

Um das Wohnen in Bad Zwischenahn attraktiver und umweltfreundlicher zu gestalten, fordern wir, dass die nächsten in der Planung befindlichen Wohngebiete autofrei gestaltet werden. Das Heraushalten von Kraftfahrzeugen aus Wohngebieten sorgt sowohl für gesundheitliche Vorteile (Verbesserung der Luftqualität, Lärmverringerung etc.), aber auch für höhere Sicherheit, besonders für Kinder. Da bei Neubau von Häusern in diesen Wohngebieten auf den Bau von Zufahrten und Stellplätzen verzichtet werden kann, können außerdem mehr Grünflächen entstehen. Parkplätze können ggf. außerhalb des Wohngebiets zusätzlich zu einer adäquaten ÖPNV-Anbindung errichtet werden.

20. Einführung eines innerörtlichen Tempolimits von 30 km/h

Zusätzlich zur oben beschriebenen Einführung eines beschränkten Kfz-Fahrverbots auf der „Meile“, soll die Geschwindigkeit von Kraftfahrzeugen auf dem Langenhof und den anderen Zubringern zur innerörtlichen Entlastungsstraße auf maximal 30 km/h begrenzt werden. Dadurch kann auch der gesamte Kfz-Verkehr im Ort verringert werden.

21. Autofreie Tage

Die Gemeinde soll autofreie Tage an ausgewählten Wochenenden im Ortskern einführen. Hierfür wird nicht nur der CO₂-Ausstoß gesenkt, sondern den Gästen auch mehr Ruhe geboten. Eine Anreise nach Bad Zwischenahn kann problemlos über die öffentlichen Verkehrsmittel erfolgen. Das passt zum Image eines Luftkurortes.

Ernährung

22. Echte Regionalität und kleinere Anbieter*innen auf dem Wochenmarkt fördern

Wir fordern, dass die Standgebühren für regionale Anbieter*innen gesenkt werden, sodass ihnen der Eintritt in das Wochenmarktgeschäft erleichtert wird. In Rastede und Westerstede bestehen bereits sehr attraktive und vielfältige Wochenmärkte. Wir brauchen ein besseres Konzept und Anwerbung für Bad Zwischenahn, was eine Verlegung des Markttages zur Folge haben kann.

23. Regionales, ökologisches und kostengünstiges Essen in Schulen

Wir fordern, dass an Schulen in erster Linie regionale und ökologische Speisen in Mensen und am Kiosk angeboten werden. Eventuelle Mehrkosten sind von der Gemeinde zu übernehmen.

24. Kein Einweg-Plastikgeschirr

Wir fordern, dass an allen öffentlichen Institutionen, an Schulen, an Kindergärten und sonst allen Einrichtungen im gemeindlichen Einflussbereich, kein Einweg-Kunststoffgeschirr oder -besteck mehr verwendet werden darf.

25. Mikrowellengeräte für Schüler*innen

Zur Vermeidung von Müll durch abgepacktes Essen soll Schüler*innen die Möglichkeit gegeben werden, ihr selbstgemachtes Essen in der Schule mit Mikrowellengeräten zu erwärmen. Dafür sollen den jungen Menschen durch die Gemeinde an allen Schulen Mikrowellengeräte zur Verfügung gestellt werden.

26. Schulküche erhalten und den Schüler*innen zugänglich machen.

Wir fordern, dass zumindest eine Schulküche des ehemaligen Hauptschulgebäudes erhalten wird. Diese soll für die Zubereitung von Mittagessen von den Schüler*innen genutzt werden. Außerdem soll das Kochen mit saisonalen, regionalen Lebensmitteln unterrichtet werden und so ein Beitrag zu klimafreundlicher und gesunder Ernährung sowie Umweltbildung geleistet werden.

Information, Bildung und Medien

27. Klimaschutzfortbildungen für alle

Unterschiedliche Klima- und Umweltthemen sollen in Fortbildungen für alle Bevölkerungsgruppen aufgearbeitet und präsentiert werden. Diese sollen von dem/der Klimaschutzmanager*in der Gemeinde organisiert und veranstaltet werden.

28. Medien und Soziale Netzwerke zur Informationsstreuung

Die Medienbeauftragte der Gemeinde soll in den Sozialen Netzwerken und auf der gemeindeeigenen Homepage über klimarelevante Projekte in der Gemeinde informieren und hilfreiche Tipps für Privatpersonen geben. Klimaschutz beginnt bereits vor der eigenen Haustür. Bürger*innen können so Ideen für eigene Projekte sammeln. Ferner soll sich die Gemeinde bei einer wünschenswerten Klima-Seite in der NWZ mit Beiträgen, z. B. in Zusammenarbeit mit FFF, einbringen.

29. Anreize für CO₂-Einsparungen von Privatpersonen

Die Gemeinde soll Klimaschutzwettbewerbe, wie z. B. das „Stadtradeln“, zum CO₂-Sparen organisieren (www.stadtradeln.de). CO₂ kann im täglichen Leben schon ohne viel Aufwand eingespart werden. Durch Klimaschutzwettbewerbe werden die Teilnehmer*innen spielerisch daran herangeführt.

30. Regelmäßige Aktionsforen für den Klimaschutz

Der/die Klimamanager*in der Gemeinde soll regelmäßig Foren anbieten, um gemeinsame Klimaschutzaktionen zu organisieren. Die geplanten Aktionen sollen vor Ort umgesetzt werden, auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam machen und die Möglichkeiten des lokalen Handels aufzeigen.

31. Wettbewerbsneutrale Beratung für klimafreundliches Bauen und Wohnen

Die Gemeinde soll für die Bevölkerung als wettbewerbsneutraler und klimafreundlicher Baubereiter ansprechbar sein. Sie soll u. a. über mögliche Förderungen informieren und auf die Vorteile klimafreundlicher Gestaltung aufmerksam machen.

Müllvermeidung und nachhaltige Ressourcennutzung

32. Auflagen für Imbisse und Schnellrestaurants zur Müllvermeidung

Die Gemeinde möge auf alle Unternehmen, die Wegwerfplastik in Umlauf bringen, einwirken, um sie zu klimafreundlichen Alternativen zu bewegen. Dafür soll ein entsprechend nachdrückliches Schreiben seitens der Gemeinde an die Unternehmen versendet werden.

33. Recyclingpapier für öffentliche Institutionen

Um Gewässer und Wälder zu schonen und Energie zu sparen, soll in allen Institutionen der Gemeinde, vor allem in Schulen und der Verwaltung, nur noch Recyclingpapier verwendet werden. Es soll sofort eine Überprüfung stattfinden, ob eine Änderung mit den vorhandenen Kopiergeräten technisch umsetzbar ist. Falls die bisherigen Kopiergeräte damit nicht umgehen können, sind ggf. die Leasingverträge den Ansprüchen anzupassen.